

Medienkonferenz, Liestal, 6. Mai

NEIN zur Abhängigkeit von teurer Energie

Ein breites Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sagt klar Nein zur Initiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung». Mit der Initiative soll das Dekret zum Energiegesetz aufgehoben werden. Damit würden wichtige Fortschritte hin zu einer sicheren und unabhängigen Energieversorgung zunichtegemacht. An der heutigen Medienkonferenz legt das Bündnis dar, wie die Initiative zu mehr Abhängigkeit von teurer Energie und neuen Unsicherheiten fürs Gewerbe führt.

Am 14. Juni kommt die Initiative des Hauseigentümerverbands zur Abstimmung. Die Initianten wollen den Umbau der Wärmeversorgung im Baselbiet bremsen und an fossile Energien festhalten. Das ist in der heutigen Zeit keine gute Idee. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie fragil unsere Energieversorgung ist. Kriege, geopolitische Spannungen und blockierte Lieferketten führen zu Versorgungsengpässen und treiben die Preise für Öl und Gas in die Höhe. Mit der Initiative machen wir uns von diesen unsicheren und teuren Energien vom Ausland abhängig. Zudem schadet die Initiative dem Gewerbe, indem es Rechts- und Investitionsunsicherheiten schafft. Kurz: Die Initiative kommt dem Gewerbe, der Bevölkerung und dem Klima teuer zu stehen.

Weitere Informationen auf: www.teure-energie-nein.ch

Auskunft erteilen:

- Thomas Tribelhorn, Präsident GLP BL, Präsident aee beider Basel, 079 752 96 15
- Thomas Noack, Landrat SP, Präsident UEK, Gemeinderat Bubendorf, 079 619 05 20
- Olivia Schaub, Geschäftsführerin suissetec Nordwestschweiz, 079 670 26 79
- Simon Oberbeck, Präsident Die Mitte, Landrat, 079 757 46 74
- Robert Vogt, Landrat FDP, Gemeinderat Allschwil, 076 540 52 41
- Pascale Steck, Biologin, Geschäftsleiterin WWF Region Basel, 061 207 08 03
- Philipp Schoch, Gemeinderat Pratteln, Grüne, 078 608 50 64
- Chaim Howald, Co-Präsident Casafair NWCH, 078 884 42 11



Worum geht es?

Das Energiegesetz wurde am 9. Juni 2024 an der Urne angenommen. Die Regelung zum Heizungsersatz wurde jedoch im Dekret geregelt, das der Landrat seinerzeit (2016) geschaffen hat, damit der Regierungsrat nicht alle Details eigenständig regeln kann sondern der Landrat bei der Energiepolitik mitreden kann.

Über das Dekret wurde somit am 9.6.24 nicht abgestimmt, die Gegner des Heizungsersatzes und der Pflicht zu PV-Anlagen bei Neubauten, das im Dekret geregelt war, verknüpften aber die Abstimmung über das revidierte Energiegesetz mit dem Dekret und behaupteten, eine Ablehnung des Energiegesetzes würde auch eine Ablehnung des Dekrets bedeuten. Das Volk nahm jedoch das Energiegesetz mit 54.3% an. Die Gegner anerkannten jedoch nicht, dass die von ihnen postulierte Verknüpfung zwischen Energiegesetz und Dekret auch bei einer Annahme gelten würde.

Sie gingen vor Kantonsgericht (das die PV-Pflicht wegen angeblich nicht ausreichender gesetzlicher Grundlage als nicht ausreichend gesetzlich abgestützt bewertet) und vor Bundesgericht. Beide Gerichte stützten jedoch die Rechtmässigkeit der Regelung zum Heizungsersatz.

Seit 01.01.2026 gelten nun verstärkte Vorgaben im Dekret für den Heizungsersatz: Im Grundsatz dürfen fossile Heizungen nicht mehr durch fossile Heizungen ersetzt werden sondern müssen durch erneuerbare Heizsysteme ersetzt werden. Dazu gibt es jedoch folgende Ausnahmen: ist der Heizungsersatz technisch nicht mit einem erneuerbaren System möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar, so kann eine Ausnahme beantragt werden. Zudem dürfen defekte Brenner ersetzt werden, sofern der Heizungskessel nicht älter als 15 Jahre ist. Es kommt also zu einer relativ weichen Umsetzung mit Ausnahmen.

Die Initianten (Wirtschaftskammer BL & HEV gemeinsam mit Öl- und Gaslobby) wollen das rückgängig machen und neue Unsicherheiten und Kosten schaffen, für Hauseigentümerinnen, fürs Gewerbe, für die Bevölkerung, fürs Klima. Wir müssen bis 2050 das Netto-Null-Ziel erreichen und müssen auch mit der Umsetzung anfangen und können nicht immer alle Massnahmen auf den St. Nimmerleinstag verschieben. Zudem hat die Konferenz der kantonalen Energiedirektoren im August 2025 die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2025) verabschiedet, die genau dies fordern. Nebst Baselland – falls die Initiative abgelehnt würde – haben dies bereits die Kantone Baselstadt, Genf und Zürich umgesetzt (Quelle: aee suisse Jahresbericht 2025).

Die aktuelle Situation im Nahen Osten mit dem Konflikt zwischen Israel und den USA auf der einen Seite und Iran auf der anderen Seite um die Durchfahrt in der Strasse von Hormus führt uns wieder einmal schmerzlich die Abhängigkeit und die damit verbundenen Kostensteigerungen und Verletzlichkeit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft auf.

Thomas Noack, Landrat SP, Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission

Keine Abhängigkeit von teuren Energien aus dem Ausland

Die Initiative trägt den schönen Titel «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung». Aber schauen wir genau hin: eine Annahme der Initiative würde den Umbau unserer Wärmeversorgung entscheidend bremsen. Und damit verlängert sie genau das, was wir überwinden müssen: unsere Abhängigkeit von teurem fossilen Öl und Gas aus dem Ausland. Diese Abhängigkeit ist nicht theoretisch. Sie ist sehr konkret – und sie ist sehr teuer.

2024 flossen netto gemäss den Zahlen des Bundesamts für Energie über 8 Milliarden Franken für Erdölprodukte und Gas aus der Schweiz ins Ausland: rund 6,2 Milliarden Franken für Erdölprodukte und rund 1,9 Milliarden Franken für Gas. Das sind Gelder, die nicht zur lokalen Wertschöpfung im Baselbiet beitragen, Gelder, die nicht hier investiert werden. Das ist Geld, das wir jedes Jahr wiederkehrend an internationale Energiemärkte, an Öl- und Gasmultis und in Länder die uns nicht unbedingt freundschaftlich gesinnt sind, überweisen.

Und am Ende zahlen es hier bei uns die Menschen: zuallererst die Mieterinnen und Mieter über die Nebenkostenabrechnung ihrer Heizungskosten. Übrigens sind die Mieterinnen und Mieter besonders betroffen, weil gerade sie nicht eigenverantwortlich über die Investitionen der Vermieter in ihre Heizung entscheiden können. Allein für Heizöl extra-leicht gaben Endverbraucherinnen und Endverbraucher 2024 rund 2,3 Milliarden Franken aus, für Gas rund 3,5 Milliarden Franken.

Die Frage ist deshalb ganz einfach: Wollen wir wirklich, dass Trump, Teheran, Moskau oder internationale Rohstoffmärkte darüber entscheiden, wie teuer das Heizen für die Menschen im Baselbiet wird? Ich nicht.

Wer weiter auf fossile Heizungen setzt, setzt weiter auf Abhängigkeiten, Preisschwankungen und Lieferunsicherheiten. Genau das passiert wenn die Initiative angenommen wird. Sie tut so, als gehe es nur um die Freiheit einzelner Eigentümer. Aber Energieversorgung ist mehr als eine private Entscheidung. Wenn viele Gebäude weiter mit Öl und Gas beheizt werden, betrifft das uns alle: wegen der Kosten, wegen der Versorgungssicherheit und wegen des Klimas.

Darum braucht es für alle verbindliche Regeln beim Heizungsersatz. Nicht blind, nicht ideologisch, sondern mit Augenmass: Wenn eine Heizung mit erneuerbarer Energie technisch möglich und über die Lebensdauer wirtschaftlich ist, dann soll sie auch eingesetzt werden. Übrigens wird eben auch im umstrittenen Dekret festgelegt, was als erneuerbare Energie gilt.

Wollen wir weiterhin Milliarden für Öl und Gas ins Ausland schicken. Oder investieren wir hier bei uns, lokal: in Solarenergie, Windkraftanlagen, Geothermie, Fernwärme, Holz oder die Nutzung von Abwärme. Das schafft Wertschöpfung im Baselbiet, stärkt das lokale Gewerbe und macht unsere Versorgung sicherer. Lokale Energie ist planbar. Lokale Energie ist verlässlich. Und lokale Energie hat Zukunft. Das vom Landrat demokratisch beschlossene Energiegesetz mit dem zugehörigen Dekret bildet dazu die richtige Grundlage. Als Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission habe ich die Diskussionen eng begleitet. Es war ein zähes Ringen um genau diese Bestimmungen im Dekret. Der Landrat hat das Dekret notabene mit Stimmen aus dem bürgerlichen Lager schliesslich deutlich mit 54:30 Stimmen beschlossen. Deshalb am 14. Juni: Nein zur Abhängigkeit von teurer ausländischer Energie.

Keine Stop-and-Go Politik, die Unsicherheiten schafft

Die Haltung von suissetec Nordwestschweiz ist klar und eindeutig: Wir sagen Nein zur Initiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung». Und gleichzeitig sagen wir ebenso klar: Ja zu einer erneuerbaren, sicheren und klimaneutralen Energiezukunft, die sich auch finanziell lohnt.

Ich spreche heute im Namen der Gebäudetechnikbranche – einer Branche, die eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Energiewende spielt.

Um was geht es in dieser Abstimmung wirklich? Wo Verlässlichkeit und Planbarkeit besonders wichtig sind, sorgt die Initiative für das Gegenteil: bei der Energie- und Gebäudepolitik. Sie will bestehende Regelungen aufheben und den eingeschlagenen Weg schwächen. Das bedeutet nicht mehr Klarheit, sondern weniger. Die Initiative schafft Unsicherheit, verzögert Investitionen und erhöht das Risiko von Fehlinvestitionen. Damit wird nicht – wie behauptet – Planungssicherheit geschaffen, sondern vielmehr Verwirrung gestiftet. Das belastet Eigentümerinnen und Eigentümer ebenso wie das Gewerbe und die gesamte regionale Wirtschaft. Dabei ist eines klar: Die Richtung ist längst entschieden. Sie führt hin zu höherer Energieeffizienz, mehr erneuerbaren und klimaneutralen Energien sowie einer sicheren und unabhängigen Energieversorgung. Diese Ziele tragen wir als suissetec Nordwestschweiz voll mit. Die Initiative hingegen will zentrale bestehende Regelungen aufheben und den Fortschritt bremsen. Deshalb sagen wir Nein zu dieser Initiative.

Die Rolle der Gebäudetechnik in der Energiewende: Die Gebäudetechnikbranche trägt die Energiewende nicht nur politisch mit – sie setzt sie tagtäglich um: bei Heizungsersatz und Wärmeversorgung, bei Solaranlagen und erneuerbaren Energiesystemen, bei Sanierungen ebenso wie bei Neubauten. Unsere Betriebe planen, installieren und begleiten die Transformation konkret. Dafür investieren sie kontinuierlich in Fachkräfte, Know-how und neue Technologien. Diese Investitionen finden in der Region statt, stärken das lokale Gewerbe und sichern Arbeitsplätze. Solche Investitionen entstehen jedoch nicht kurzfristig. Sie brauchen klare, verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen. Genau diese werden durch die Initiative infrage gestellt.

Klarheit und Verlässlichkeit statt Rückschritte: Ein Punkt ist uns besonders wichtig: Unsere Branche ist bereit für die Energiezukunft. Gerade beim Heizungsersatz spielt die Gebäudetechnik eine Schlüsselrolle. Was wir dafür brauchen, sind keine Rückschritte, sondern Planungs- und Rechtssicherheit. Die bestehende Regelung bietet diese. Die Initiative hingegen schafft neue Unsicherheit und untergräbt das Vertrauen in den eingeschlagenen Weg.

Zur Realität in der zurzeit laufenden Umsetzung: Natürlich gibt es Einzelfälle, in denen Lösungen technisch oder wirtschaftlich anspruchsvoll sind. Genau hier zeigt sich aber, dass das heutige System funktioniert. Bereits heute gibt es pragmatische und umsetzbare Lösungen. Unsere Unternehmen prüfen solche Situationen sorgfältig und schlagen funktionierende, wirtschaftlich tragbare Lösungen vor. Das ist entscheidend, denn eine erfolgreiche Energiewende braucht nicht nur Zielsetzungen, sondern Lösungen, die im Alltag funktionieren. Diese Lösungen können wir heute liefern.

Unser Standpunkt: suissetec Nordwestschweiz steht für eine Energiepolitik, die: klar, konsequent und zukunftsgerichtet ist, in der Praxis funktioniert sowie wirtschaftlich tragbar bleibt. Was wir nicht brauchen, sind Rückschritte und eine Stop-and-Go-Politik, die Unsicherheit schaffen, Investitionen verzögern und am Ende zu teuren und ineffizienten Lösungen führen. Zudem schwächt die Initiative regionale KMU. Gebäudetechnische Betriebe sind auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Unsicherheit gefährdet Aufträge, Arbeitsplätze und Investitionen in Fachkräfte.

Simon Oberbeck, Präsident Die Mitte BL, Landrat

Keine Missachtung demokratischer Entscheide

An der Medienkonferenz zum Energiegesetz vor zwei Jahren sagte ich, dass es sich um die wohl wichtigste Abstimmung der Legislatur handelt. Wenn man die vielen Stunden Kommissionsarbeit und die episch lange Landratsdebatte sowie die juristischen Abklärungen und die daraus resultierende Initiative anschaut, war diese Aussage sicher nicht übertrieben.

Die Abstimmung zum Energiegesetz fiel dann deutlich zugunsten der Befürworterinnen und Befürworter aus. Die Diskussion war damit aber nicht beendet, denn das Dekret, der eigentliche Zankapfel und Politikum, wurde juristisch und politisch bekämpft. Und so dürfen oder wohl eher müssen wir nun über diese Initiative abstimmen. Eine Zwängerei auf Kosten der Demokratie.

Wer A sagt, muss auch B sagen. Wir haben das Energiegesetz damals unterstützt im Wissen um das Dekret. Dass die Gegner von Gesetz und Dekret nun weiterkämpfen, ist ihr politisches Recht. Bewahren wir aber einen kühlen Kopf und stimmen wir NEIN zur Initiative und setzen wir einen Schlussstrich unter die jahrelange Debatte. Für ein fortschrittliches und energiegeladenes Baselbiet!

Robert Vogt, Landrat FDP und Gemeinderat Allschwil, Bau- und Energieingenieur

Für Klarheit und sinnvolle Investitionen

Mein Name ist Robert Vogt. Ich bin Landrat, Gemeinderat in Allschwil sowie dipl. Bau- und Energieingenieur und GEAK-Experte. Ich spreche heute zur kantonalen Abstimmungsvorlage «Energiepolitik mit der Bevölkerung» und ich vertrete klar ein Nein.

Das Baselbieter Energiegesetz wurde am 9. Juni 2024 von der Stimmbevölkerung angenommen – nach einem transparenten, mehrjährigen Prozess. Dieser Entscheid ist verbindlich. Darauf müssen sich Bevölkerung, Eigentümer und Wirtschaft verlassen können.

Das Gesetz setzt ein klares Ziel: Bis 2030 sollen mindestens 70 % der Wärme aus erneuerbaren Energien stammen – ausgehend von rund 18 % im Jahr 2022. Der Ersatz fossiler Heizsysteme ist Teil dieses Auftrags. Die Umsetzung erfolgt über ein Dekret – ein bewährtes Instrument für praktikable und differenzierte Lösungen.

Die Initiative stellt diesen Rahmen infrage. Sie verspricht mehr Mitsprache und weniger Vorgaben. Das mag attraktiv klingen – insbesondere für Hauseigentümer, die kurzfristig mehr Freiheit oder weniger Investitionsdruck erwarten.

Aber genau hier liegt das Risiko: Ohne klare Regeln fehlt die Grundlage für verlässliche Entscheide. Für Hauseigentümer bedeutet das: mehr Unsicherheit und das Risiko, viel Geld in die falsche Heizung zu investieren.

Aus fachlicher Sicht ist die Lage klar: Erneuerbare Heizsysteme sind heute ausgereift, lokal umsetzbar und über die Zeit wirtschaftlich sinnvoller als fossile Alternativen.

Drei Punkte sind entscheidend:

- Erstens die demokratische Legitimation des Gesetzes.
- Zweitens Planungssicherheit durch einen stabilen Rahmen.
- Drittens wirtschaftlich sinnvolle Investitionen in zukunftsfähige Technologien.

Am Ende geht es für Hauseigentümer um drei Fragen: Was passiert mit meiner Heizung? Was kostet mich das? Und kann ich verlässlich planen?

Das heutige Gesetz gibt darauf klare Antworten. Die Initiative nicht.

Wer Klarheit will, wer sein Geld sinnvoll investieren will und wer verlässlich planen muss, sagt Nein zu dieser Initiative.

Für den Schutz des Klimas und unserer Gesundheit

Die Erdoberfläche erwärmt sich in den letzten Jahrzehnten stark – und wir wissen warum: Wir Menschen verändern durch den Ausstoss von Treibhausgasen den Energiehaushalt der Erde. Die Schweiz reagiert überdurchschnittlich empfindlich auf den Klimawandel.

Klimafakten: Laut den Akademien der Schweiz (SCNAT, «Brennpunkt Klima Schweiz», 2026) hat sich die Schweiz von 2015 bis 2024 bereits um rund 2,8 °C (gegenüber 1850–1900) erwärmt – mehr als doppelt so stark wie der globale Durchschnitt.

Die Fakten sprechen für sich

Der aktuelle SCNAT-Bericht macht deutlich: Die Schweiz ist ein Klima-Hotspot in Europa – und die Folgen sind auch in der Region Basel bereits spürbar. Mit der Erwärmung nehmen gesundheitliche Belastungen durch Hitze zu. Gleichzeitig steigen Risiken durch Sommertrockenheit (Wälder, Landwirtschaft, Wasserhaushalt) und durch Starkniederschläge (Überschwemmungen, Schäden an Siedlungen und Infrastruktur).

Es ist klar: Emissionen müssen rasch sinken – besonders dort, wo Entscheidungen lange nachwirken. Im Gebäudebereich führt jeder neue, fossile Einbau zu jahrzehntelangen Emissionen und späteren Mehrkosten. Wirksame kantonale Leitplanken beschleunigen den Umstieg auf erneuerbare Wärme und sind ein zentraler Beitrag, um Klimaschäden zu begrenzen.

Warum die Initiative abzulehnen ist

Die Gesetzesinitiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung» will wichtige Fortschritte der Baselbieter Energiepolitik rückgängig machen. Das bremst den Umstieg weg von Öl und Gas, erhöht die Abhängigkeit von Importen und schafft Unsicherheit für Haushalte, Unternehmen und Gemeinden. Gerade angesichts der Klimakrise und der zunehmenden Extremwetterrisiken braucht es verlässliche Leitplanken für den Umstieg auf erneuerbare Wärme. Der WWF Region Basel empfiehlt deshalb deutlich ein NEIN zu dieser Vorlage.

Die heute in der Baselbieter Gesetzgebung festgehaltenen Regeln zur Gebäudewärme sind das Resultat eines breit abgestützten Kompromisses im Landrat. Es handelt sich aus WWF-Sicht bereits jetzt um einen Minimalkonsens und dennoch schafft er klare Leitplanken dafür, fossile Abhängigkeiten zu reduzieren. Die Initiative würde zentrale Anforderungen an Heizwärme- und Warmwassererzeuger abschwächen. Heizungen laufen oft Jahrzehnte. Wer fossile Systeme heute begünstigt, zementiert Emissionen und verursacht später höhere Kosten.

Darum sagen wir nein

Ein Nein zur Initiative schützt das Klima und unsere Gesundheit und hilft, künftige Schäden und Kosten durch Hitze, Trockenheit und Extremniederschläge zu begrenzen. Der eingeschlagene Weg hin zu erneuerbarer Wärme soll fortgesetzt werden – pragmatisch, nachhaltig und sozial verträglich.

Zukunftsorientierte Energieplanung in den Gemeinden

Die Baselbieter Gemeinden haben einen klaren Auftrag: Sie müssen in den nächsten Jahren die Wärmewende vor Ort organisieren. Gemeinden mit Gasnetz müssen zusammen mit dem Kanton und den Energieversorgern festlegen, wie Quartiere künftig aus fossilen Heizsystemen herausgeführt und mit erneuerbarer Wärme versorgt werden. Das ist keine freiwillige Klimamassnahme, sondern ein konkreter Planungsauftrag. Und dieser Planungsauftrag braucht eines: Verlässlichkeit. Doch genau diese Verlässlichkeit wird mit der Initiative zerstört.

Denn die Initiative sendet ein fatales Signal: Fossile Heizungen sollen weiterhin möglich bleiben - selbst dort, wo der geordnete Umstieg längst eingeleitet werden müsste. Damit wird den Gemeinden die Grundlage für jede seriöse Wärmeplanung entzogen. Denn man kann keine neue Energiezukunft planen, wenn man gleichzeitig die alte fossile Infrastruktur politisch konserviert. Oder noch klarer gesagt: Wer heute neue fossile Heizungen zulässt, verhindert den geordneten Ausstieg von morgen. Die Gemeinden müssen entscheiden: Wo entstehen Wärmenetze? Wo lohnen sich Wärmeverbünde? Welche Quartiere können aus dem Gasnetz entlassen werden?

Diese Entscheide sind nur dann wirtschaftlich sinnvoll, wenn klar ist, dass das Erdgasnetz schrittweise zurückgebaut wird. Bleibt Gas aber politisch künstlich im Spiel, entsteht ein planerischer Stillstand. Dann baut man auf der einen Seite teure neue erneuerbare Netze auf - und hält auf der anderen Seite das alte fossile Netz weiter am Leben.

Und je länger dieses Gasnetz weiterbetrieben werden muss, desto teurer wird es für jene wenigen Haushalte, die am Schluss noch daran hängen. Denn die Infrastrukturkosten verschwinden nicht einfach. Sie verteilen sich auf immer weniger Bezügerinnen und Bezüger. Mit jedem Jahr Verzögerung wird das fossile Gasnetz für die letzten verbleibenden Nutzerinnen und Nutzer teurer. Das ist weder wirtschaftlich vernünftig noch sozial fair.

Die Initiative produziert also nicht mehr Freiheit - sie produziert höhere Kosten und mehr Chaos in der Energieplanung. Und dieses Problem betrifft nicht nur Gemeinden mit Gasnetz. Gerade im Oberbaselbiet, wo vielerorts gar kein Gasnetz vorhanden ist, stellt sich dieselbe Frage beim Ersatz alter Ölheizungen. Auch dort braucht es für die Gemeinden und für Hauseigentümer*innen eine klare Richtung: Investieren wir nochmals für Jahrzehnte in fossile Technik oder gehen wir konsequent in erneuerbare Lösungen? Wer heute wieder neue Ölheizungen ermöglicht, verlängert auch dort die fossile Abhängigkeit auf Jahrzehnte hinaus.

Ob Gas im Unterbaselbiet oder Öl im Oberbaselbiet: Die Initiative verlängert überall die Abhängigkeit von fossilen Energien. Und das ist nicht nur eine Klimafrage. Es ist auch eine Frage unserer Versorgungssicherheit. Jede neue Öl- oder Gasheizung verlängert unsere energiepolitische Abhängigkeit vom Ausland.

Die Initiative führt uns also gleich in mehrfacher Hinsicht in die falsche Richtung: Sie erschwert die kommunale Energieplanung. Sie verteuert den geordneten Rückbau fossiler Infrastrukturen. Sie verlängert die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten. Und sie gefährdet damit das Baselbieter Netto-Null-Ziel 2050.

Aus einer gesteuerten Wärmewende wird ein energiepolitischer Flickenteppich.

Darum geht es am 14. Juni nicht um eine abstrakte Kompetenzfrage. Es geht um die sehr konkrete Entscheidung: ermöglichen wir den Gemeinden, den Weg weg von Öl und Gas geordnet, wirtschaftlich und zukunftsorientiert zu planen? Oder wollen wir die fossile Unsicherheit politisch verlängern?

Gemeinsam in die Energiezukunft

Casafair NWCH, der Verband der fairen und verantwortungsvollen Wohneigentümer:innen, lehnt die Initiative ab. Casafair NWCH befasst sich intensiv mit der Energiezukunft und der Zukunft der Wärmeversorgung. Wir setzen uns mit Überzeugung für die Baselbieter Klimaziele ein und wollen unseren Beitrag dazu leisten. Die Initiative steht diesen Zielen mit einer rückwärtsgerichtete Energiepolitik im Weg.

Das Netto-Null-Ziel erreichen wir nur, wenn wir voll und ganz auf erneuerbare Energie setzen. Das gilt ganz besonders bei der Wärmeerzeugung für Gebäude.

Wollen wir die ambitionierten Ziele der Baselbieter Klimastrategie erreichen (und das müssen wir), heisst es jetzt konsequent umstellen. Jede Heizung und jeder Boiler, die heute durch ein System ersetzt werden, das nicht auf erneuerbare Energie setzt, verzögert diese Umstellung um eine ganze Generation.

Investitionsentscheide, wie der für eine bestimmte Heizung, haben Auswirkungen für mindestens die nächsten zwanzig Jahre. Entsprechend sorgfältig müssen sie geplant werden. Dazu braucht es aber Planungssicherheit. Mit der deutlichen Annahme des überarbeiteten Energiegesetzes hat die Baselbieter Bevölkerung klare Rahmenbedingungen geschaffen. Die Initiative wirft diese Grundlage wieder über den Haufen. Damit schafft sie Rechts- und Investitionsunsicherheiten für Hauseigentümer:innen.

Wenn Hauseigentümer:innen weiter auf fossile Energieträger setzen, bleiben sie Preisschocks ausgesetzt - wie zuletzt nach Beginn des Ukrainekriegs oder ganz aktuell mit dem US-Angriff auf den Iran. Ein Öltank muss dann gefüllt werden, wenn er leer ist, Gas kostet dann, wenn geheizt werden muss – beides lässt sich nur schwer planen. Auch faire Wohneigentümer:innen müssen anfallende Mehrkosten mit den Nebenkosten auf die Mieter:innen überwälzen. Damit schadet die Initiative auch den Mieter:innen im Kanton.

Die Initiative schränkt ökologisch innovative Hauseigentümer:innen auf unfaire Weise ein: Zukunftstechnologien wie green fuels oder die Abwärmerückgewinnung z.B. aus der Industrie, aber auch nur der Anschluss an Nah- / Fernwärmenetze werden ausgeschlossen. Die Initiative benachteiligt so ökologisch innovative Hauseigentümer:innen.

Aus all diesen Gründen gibt es für faire und verantwortungsvolle Wohneigentümer:innen am 14. Juni nur ein klares «Nein» zu dieser Zwängerei. Der Volksentscheid zum Energiegesetz von 2024 ist zu respektieren!

NEIN zur Abhängigkeit von teurer Energie



Am 14. Juni stimmt das Baselbiet über die Initiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung» ab. Mit der Initiative soll das Dekret zum Energiegesetz aufgehoben werden. Damit würde eine rückwärtsgewandten Energiepolitik verfolgt und wichtige, bereits laufende Fortschritte und Investitionen hin zu einer sicheren und unabhängigen Energieversorgung zunichtegemacht. Das ist der falsche Weg: Ein breites Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sagt deshalb klar Nein zur Initiative.

Nein zur Abhängigkeit von teurer Energie!

Die Initianten wollen den Umbau der Wärmeversorgung bremsen und an fossilen Energien festhalten. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie fragil unsere Energieversorgung ist: Kriege, geopolitische Spannungen und blockierte Lieferketten führen zu Versorgungsengpässen und treiben die Preise für Öl und Gas in die Höhe. Mit der Initiative machen wir uns von diesen unsicheren und teuren Energien aus dem Ausland abhängig. Das wird die Bevölkerung teuer zu stehen kommen und das Klima belasten. Wir wollen eine sichere und unabhängige Energieversorgung und keine Abhängigkeit von teurer Energie!

Nein zu neuen Unsicherheiten fürs Gewerbe!

Die Wirtschaft steht bereits unter Druck. Steigende Energiepreise, internationale Unsicherheiten und Fachkräftemangel fordern das Gewerbe. Gerade jetzt braucht es Stabilität und Planungssicherheit – für Jobs und Investitionen. Das geltende Energiegesetz ist seit mehreren Jahren in Kraft und setzt klare Rahmenbedingungen. Die Initiative reißt diese Grundlage wieder ein und schafft Rechts- und Investitionsunsicherheiten. Das bremst Innovation, gefährdet Arbeitsplätze und schadet dem Gewerbe. Wir wollen klare Spielregeln statt neue Unsicherheiten!

Nein zur Missachtung demokratischer Entscheide!

Aus demokratischer Sicht ist diese Initiative problematisch und letztlich nichts anderes als Zwängerei: Die Bevölkerung hat sich erst vor zwei Jahren klar zum Energiegesetz bekannt. Die Initianten wollen diesen Volksentscheid nicht akzeptieren und bekämpfen ihn mit dieser Initiative, nachdem sie juristisch gescheitert sind. Es reicht mit der Zwängerei, wir wollen keine Missachtung demokratischer Entscheide!

Das Baselbiet muss jetzt vorwärtsgehen, nicht zurück. Es braucht eine zukunftsgerichtete Energiepolitik, die die Krisen unserer Zeit ernst nimmt und Lösungen bietet. Es braucht konsequente Investitionen in erneuerbare, regionale Energien statt Abhängigkeiten von teuren Importen. Darum klar NEIN am 14. Juni!